

STELLUNGNAHME ZU „GRÜNE MARKTWIRTSCHAFT“¹

**LAG Wirtschaft und Finanzen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW
Dezember 2007**

¹ Beschluss der grünen Bundestagsfraktion vom 3. Juli 2007.

Inhalt:

1. **Einleitung** **S.3**

2. **Auf der Tagesordnung der Geschichte:
Grüne Marktwirtschaft** **S.3**
 - a. Keine programmatische Revolution für Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 - b. ...aber ein großer Schritt zu mehr Konsistenz, Sichtbarkeit und Kampfkraft, ...
 - c. ...und vor allem: ein entscheidender Schritt für Deutschland, Europa und die Welt!

3. **Abgrenzungen: mehr Kante, bitte!** **S.6**
 - a. „Dessen Namen nicht genannt werden darf“
 - b. Ein Schritt zu wenig, aber dennoch in Gefahr: Soziale Marktwirtschaft:
 - c. Gibt es etwas Besseres?

4. **Wirtschaftspolitische Konzeption:
Bei den Grundwerten geht noch was...** **S.9**
 - a. „Nachhaltige Entwicklung“ statt „Fortschritt“
 - b. Wegweisend, aber verkürzt: Die „grüne Wachstumsformel“
 - c. „Erweiterte Gerechtigkeit“
 - d. Demokratie: Die entscheidende Rolle der Zivilgesellschaft

5. **Ordnungspolitische Grundsätze: gute Ansätze mit Lücken** **S.14**
 - a. Markt, Staat, Kooperation: Eine differenzierte Grundlinie
 - b. öffentliche Güter: Konkretisierung erwünscht!

6. **Rahmen: ökologisch und sozial** **S.18**
 - a. Ökologisch: Zerschlagt die Energiekonzerne!
 - b. Sozial: Zugänge schaffen, Teilhabe gewährleisten,
Balance wiederherstellen!

7. **Impulse: TTT, Dienstleistungen, Selbständigkeit** **S.19**
 - a. Nachhaltige Wissensgesellschaft: Technologie, Talente, Toleranz
 - b. Selbständigkeit: Gründer/innen, Kleine und Mittlere
 - c. Dienstleistungssektor: Wenig Bewegung, große Möglichkeiten

8. **Verbündete und Gegner: Die Linie geht mitten durch
die Gesellschaft – und ist in Bewegung!** **S.21**

1. Einleitung

Handelt es sich bei „Grüne Marktwirtschaft“ um eine Weiterentwicklung grüner Wirtschaftspolitik oder um eine „programmatische Revolution“? Ist das Konzept kapitalismuskritisch oder –freundlich, wirtschaftskritisch oder -freundlich? Oder ist die Frage falsch gestellt? Was ist von der Einstellung der Bundestagsfraktion zum Thema Wirtschaftswachstum zu halten? Ist sie nun in das Lager der „Wachstumsgläubigen“ gewechselt? Welche Rolle spielen die grünen Grundwerte im Rahmen von „Grüne Marktwirtschaft“? Wie ist das Verhältnis von Staat, Markt und Gesellschaft austariert? Gegen wen und mit wem muss „Grüne Marktwirtschaft“ durchgesetzt werden?

Diese und andere Fragen haben wir in den letzten Monaten in der LAG, in den Kreisverbänden, bei Podiumsdiskussionen und auf Kongressen diskutiert. Zu einem Teil haben wir sie uns selbst gestellt, zu einem anderen Teil sind sie immer wieder an uns herangetragen worden. Sie sind Ausdruck eines intensiven, lebhaften Selbstverständigungsprozesses über grüne Grundwerte und grüne Wirtschaftspolitik, zu dem wir mit diesem Papier einen Beitrag leisten wollen.

Aufgefallen ist uns in den verschiedenen Veranstaltungen, dass sich diejenigen besonders interessiert gezeigt und engagiert haben, die noch nicht „seit Ewigkeiten“ dabei sind, für die die Traditionen und Brüche unserer Partei noch neu und ungewohnt sind. An sie richten sich die folgenden Überlegungen, Einschätzungen und Bewertungen ganz besonders.

2. Auf der Tagesordnung der Geschichte: Grüne Marktwirtschaft

a. Keine programmatische Revolution für Bündnis 90/DIE GRÜNEN...

Unserer Auffassung nach ist „Grüne Marktwirtschaft“ keine „programmatische Revolution“, wie verschiedentlich angedeutet wurde.² Die große programmatische Wende haben Bündnis 90/DIE GRÜNEN schon lange hinter sich. Das Ziel, den Kapitalismus zu überwinden, wurde Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre aufgegeben – oder jedenfalls „auf unbestimmte Zeit vertagt“. Seitdem konzentrieren sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf den nächsten großen Schritt, die Einbettung des Kapitalismus in eine ökologische, soziale, demokratische Ordnung, also auf die „Zähmung“ statt auf die Abschaffung des Kapitalismus. Ausdruck dessen ist die wirtschaftspolitische Grundsatzlinie des Grundsatzprogramms „DIE ZUKUNFT IST GRÜN“ aus dem Jahr 2002, „unser Wirtschaftssystem zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln“³. Nichts anderes meint der neue Begriff der „Grünen Marktwirtschaft“, „grün“ fasst lediglich „ökologisch und sozial“ zusammen. Wir halten diese „Zusammenfassung“ für griffig, aussagekräftig und befürworten sie.

Dabei ist „Grüne Marktwirtschaft“ nicht auf eine bestimmte „ökonomische Schule“ festgelegt. Es handelt sich vielmehr um ein wertebundenes, offenes Konzept, in das – neben vielen originär grünen Ideen – Bausteine verschiedenster „ökonomischer Schulen“ Eingang gefunden haben. Gut erkennbar sind beispielsweise die Einflüsse des Ordoliberalismus (Herstellung von Wettbewerb zur Begrenzung wirtschaftlicher Macht, z.B. S.7), des

² Z.B. Gottfried Härle (UnternehmensGrün), Ein „grünes Bad Godesberg“, profil: GRÜN (1/2007), oder Robert Zion u.a., Grüne Marktwirtschaft? Öko-Kapitalismus! (11/2007).

³ DIE ZUKUNFT IST GRÜN, Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen (2002), S.3, Kapitelüberschrift, und 43 ff..

Keynesianismus (nachfrageorientierte Makropolitik – wenn auch keine „einseitige“, S.5) und der Ökologischen Ökonomik (Reduzierung der Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum, S.5), die allesamt als Korrekturversuche der selbstzerstörerischen Tendenzen des unregulierten Kapitalismus’ verstanden werden können. Die Offenheit von „Grüne Marktwirtschaft“ in der Suche nach den besten Mitteln ist für uns von zentraler Bedeutung und daher ohne Einschränkung unterstützenswert.

b. ...aber ein großer Schritt zu mehr Konsistenz, Sichtbarkeit und Kampfkraft...

Im Grundsatzprogramm eine wirtschaftspolitische Grundsatzlinie zu skizzieren ist das eine, sie zu einer wirtschaftspolitischen Konzeption auszubuchstabieren ist etwas anderes. „Grüne Marktwirtschaft“, der Beschluss der Bundestagsfraktion aus dem Sommer dieses Jahres, ist ein zweiter großer Schritt in diese Richtung. Auch der *erste* Schritt war verdienstvoll, aber fraglos etwas schief: Als eine Gruppe von Autorinnen und Autoren Ende 2006 mit „Mehr Wert – Grüne Marktwirtschaft“ den ersten Aufschlag machte, entstand bei vielen aufgrund der überdrehten Benutzung von Begriffen wie „die unsichtbare Hand des Marktes“, „Wettbewerb“ und „Wachstum“, der Eindruck, es handle sich um ein taktisches Manöver. Denn in der Tat sind diese Begriffe ja in den vergangenen Jahrzehnten so erfolgreich von den Theoretikern des Marktfundamentalismus besetzt und mit hohem argumentativem Aufwand gefüllt worden, dass man sie heute – um „Verwechslungen“ zu vermeiden – klipp und klar einordnen muss, ganz besonders in einem wirtschaftspolitischen Grundsatzpapier. In dieser Hinsicht hatte der erste Entwurf Defizite.

Deshalb kamen zu Recht kritische Fragen auf. Diese konnten in der anschließenden parteiinternen Diskussion geklärt werden: Zahlreiche Kommentare und Kritik-Papiere wurden verfasst, innerhalb wie außerhalb der Partei.⁴ Einige Landtagsabgeordnete haben das Konzept landesspezifisch weiterentwickelt⁵, in den Kreisverbänden finden – wie bereits beschrieben – intensive Diskussionen statt, die Bundespartei hat einen umfangreichen Reader herausgegeben, in dem sich zahlreiche weiterführende Überlegungen und Forderungen finden⁶, Kongresse und Touren wurden veranstaltet. Schließlich hat sich aus der Diskussion die bereits erwähnte zweite, von der Bundestagsfraktion beschlossene Fassung von „Grüne Marktwirtschaft“ herausgeschält.

Sie ist das Ergebnis einer erfolgreichen Arbeit an der Strukturierung bereits bekannter grüner Einzelpositionen orientiert an grünen Grundwerten und ordnungspolitischen Grundsätzen. Dadurch wird grüne Wirtschaftspolitik sichtbarer; sowohl die Stärken als auch die Lücken treten klarer zu Tage. Beides ist ein Gewinn. Zugleich gewinnt die wirtschaftspolitische Konzeption von Bündnis 90/DIE GRÜNEN immer mehr an Kontur, auch wenn es sich bei dem vorgelegten Papier noch um eine Mischung aus wirtschaftspolitischer Konzeption und wirtschaftspolitischem Programm handelt.

⁴ Kritik von innen: z.B. Bärbel Höhn u.a., Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt, http://www.baerbel-hoehn.de/cms/default/dokbin/178/178852.langfassung_wirtschaftspapier.pdf; Kritik von außen: z.B. Sven Giegold (Attac): Die ökologischen Wurzeln ausgerissen - Grüne haben den totalen Wettbewerb als Motor für die Wirtschaft entdeckt, <http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/kritik-gruene-wirtschaftspolitik.php>.

⁵ Z.B. Edith Sitzmann: „Baden-Württemberg braucht Grüne Marktwirtschaft“, http://www.edith-sitzmann.de/fileadmin/user_upload/dateien/Endfassung.doc.pdf.

⁶ Grüne Marktwirtschaft – Beiträge zur wirtschaftspolitischen Debatte bei Bündnis 90/Die Grünen, http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/192/192478.gruene_marktwirtschaft.pdf.

Treiben wir den Diskussionsprozess um grüne Wirtschaftspolitik nach der BDK in Nürnberg weiter so intensiv voran wie zurzeit, schließen wir damit unsere letzte „offene Flanke“. Diffamierungskampagnen wie diejenige der CDU während des NRW-Landtagswahlkampfes im Jahr 2005 werden dann bei den Bürgerinnen und Bürgern keine Chance mehr haben. Im Gegenteil: Dann wird endlich offenbar, auf wie wackligem Boden die wirtschaftspolitischen Konzepte der anderen Parteien stehen. Lässt man alle Rhetorik beiseite und schaut hinter die Fassade, haben wir es gegenwärtig bei der CDU/CSU mit einer neoliberal-sozialdemokratischen, bei der SPD mit einer sozialdemokratisch-neoliberalen, bei der FDP mit einer neoliberal-klientelistischen und bei der LINKEN mit einer sozialistisch-marxistischen Partei zu tun. Keine dieser Grundausrichtungen wird auch nur annähernd den Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte gerecht.

c. ...und vor allem: ein entscheidender Schritt für Deutschland, Europa und die Welt!

Denn auf der Tagesordnung der Geschichte steht weder Neoliberalismus noch Sozialdemokratie noch Sozialismus. Auf der Tagesordnung steht der Übergang zu einer Wirtschaftsordnung nach dem Muster einer ökologischen und sozialen, einer „Grünen Marktwirtschaft“. Gelänge es, die Weltwirtschaftsordnung nach diesem Muster umzubauen, wäre dies ein wesentlicher Teil der Antwort auf die beiden wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte: Die Bewältigung der ökologischen Krise und die Schaffung einer gerechten internationalen Ordnung. Gelingt der Übergang zu einer ökologischen, sozialen Weltwirtschaftsordnung nicht, wird die notwendige Wende nicht gelingen. Das gegenwärtig augenfälligste Beispiel dafür ist die Frage, wie der weltweite Treibhausgasausstoß zur Eindämmung des Klimawandels reduziert werden kann. Die Antwort ist, dass die internationale Gemeinschaft für den CO₂-Ausstoß einen „globalen Preis“ vereinbaren muss, der die „ökologische Wahrheit“ sagt. Ansonsten wird sich der Klimawandel weiter massiv beschleunigen.⁷ Was sonst noch passieren kann, ist bekannt: Erosion unserer natürlichen Lebensgrundlagen auf breitester Basis, soziale und kulturelle Spannungen und Kämpfe, Ressourcenkriege, Flüchtlingsströme.

Der wichtigste „Hebel“ auf dem Weg zu einer Grünen Weltwirtschaftsordnung ist Europa, dies betont die grüne Bundestagsfraktion in ihrem Beschluss vollkommen zu Recht. Auf europäische und globale Verhandlungslösungen zu warten, wird allerdings nicht ausreichen. Die Kraft muss auch von unten kommen, aus der Graswurzel, aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, den Kommunen, Regionen und Nationalstaaten. „Sei die Veränderung, die Du Dir für diese Welt wünschst“, dieses Leitprinzip hat eine Dynamik und Kraft, die für das Gelingen der grünen (R)Evolution unabdingbar ist, auch wenn es in manchen abstrusen ökonomischen Modellen, in denen der Mensch nur als homo oeconomicus vorkommt, keinen Platz hat. Zu Unrecht, wie viele Entwicklungen zeigen, die wir angestoßen haben, ohne auf andere zu warten – beispielsweise die Förderung Erneuerbarer Energien.

Mit „Grüne Marktwirtschaft“ haben wir eine gute Rohfassung des Schlüssels zu einer durch und durch nachhaltigen Entwicklung und zu mehr Gerechtigkeit in der Hand. Nun müssen

⁷ Michael R. Raupach, Gregg Marland, Philippe Ciais, Corinne Le Quere, Josep G. Canadell, Gernot Klepper und Christopher B. Field (5/2007). Globale und regionale Treiber der beschleunigten CO₂-Emissionen; National Academy of Sciences; vgl. dazu auch Fritz Vorholz, Der Fluch des teuren Öls, DIE ZEIT (31.10.2007).

wir uns nur noch dazu entscheiden, ihn auszufeilen, zu härten und anschließend auch zu benutzen. Wir fordern alle auf, gemeinsam daran mitzuarbeiten.

3. Abgrenzungen: mehr Kante, bitte!

Der Politikwissenschaftler Franz Walter sprach kürzlich in einem Interview von einem „Pendelschlag“, den er bei vielen Grünen beobachte - von der „Überleidenschaftlichkeit“ des Anfangs zu einer „extremen Überbeherrschung aller Emotionen“ heute.⁸ Der Philosoph Vittorio Hösle hat eine ähnliche Beobachtung gemacht. Die Grünen verdankten „ihren Charme dem moralischen Pathos, mit dem sie antraten“ und das nun in Gefahr sei, „sich zu verbrauchen“. Die Grünen könnten „es sich durchaus leisten, wieder mehr davon aufzutragen“, denn „das Bedürfnis nach Integrität“ sei „in Deutschland sehr groß“.⁹ Hinzu kommt ein weiterer Pendelschlag, den Stephan Schilling, BAG Wirtschaft und Finanzen, wie folgt beschreibt: „Die 68er wollten große Visionen verwirklichen und haben darüber manchmal die konkrete Detailarbeit vernachlässigt. Wir hingegen müssen heute aufpassen, dass wir uns nicht im Kleinklein verlieren.“¹⁰ Denn dadurch würde „das ursprünglich parteibildende und –stabilisierende Kapital aus Sinn, Werten und Überzeugungen“ aufgezehrt. Genau dieses Kapital ist aber „der primäre Treibstoff für den politischen Einsatz“, die „elementare Quelle für Engagement, Anstrengung, Leistung, Altruismus, Leidenschaft, Solidarität, Ehrgeiz, Kreativität“.¹¹

Die beschriebenen Disziplinierungen und Vagheiten sind auch in manchen wirtschaftspolitischen Texten von Bündnis 90/DIE GRÜNEN festzustellen: Alles, was nicht wissenschaftlich, hochseriös, neutral, differenziert klingt, wird herausgestrichen. Teilweise schleicht sich Fachchinesisch in grüne Texte ein, wie z.B. auf Seite 1 von „Grüne Marktwirtschaft“: „Funktionierende Märkte mit einer hohen Wettbewerbsintensität und geringen Informationsasymmetrien zwischen VerbraucherInnen und Unternehmen können effiziente Lösungen bereitstellen, weil sie abstrakte Informationen aller Art in Preise verwandeln können.“ Wer außer studierten Volkswirt/innen versteht, was damit gemeint ist?

Natürlich wäre es genauso falsch, in das gegenteilige Extrem zurückzufallen und im Sinne eines „abstrakten Moralismus“ einfach so drauf los zu poltern. Richtig ist, dass wir Augenmaß brauchen und unsere Positionen einer tiefen sachlichen Fundierung bedürfen! Plastikbegriffe ohne Inhalt brauchen wir nicht. Glaubwürdigkeit und Kompetenz werden langsam aufgebaut und umso schneller wieder verspielt, dies ist und bleibt richtig. Wenn diese Voraussetzungen – wie in „Grüne Marktwirtschaft“ – aber erfüllt sind, wenn sachliche Fundierung und Augenmaß vorhanden sind, sind „mehr Kante“ und „mehr Pauke“ nicht nur möglich, sondern dringend geboten.

⁸ Warum sind die Grünen so sprachlos?, Peter Unfried im Gespräch mit Franz Walter und Daniel Cohn-Bendit, taz.mag (12.2.2007).

⁹ Vittorio Hösle, Wie klug sind die Grünen?, in Maria Grammatikopolous, Rudi Hogvliet (Hrsg.), GRÜN. Lob und andere Wahrheiten (2005), S. 116.

¹⁰ Zitiert nach Elisabeth Kinderlein, Was kommt da nach?, böllTHEMA (3/2005), S.23.

¹¹ Franz Walter, Sinnkrise im System. Wie Politik und Parteien implodieren, Spiegel Online (21.9.2006).

a. „Dessen Namen nicht genannt werden darf“

Dies gilt insbesondere für die Abgrenzung der „Grünen Marktwirtschaft“ von ihrem größten „Gegner“, dem Modell eines unregulierten Kapitalismus, das gegenwärtig global voll zur Wirkung kommt und die Durchsetzung anderer Modelle auf nationaler und europäischer Ebene extrem erschwert. Wie bereits in der von Franz Müntefering angestoßenen Kapitalismusdebatte im Sommer 2005¹² scheinen der Bundestagsfraktion für dieses Phänomen und seine Auswüchse aber schlicht die Worte zu fehlen. Beschrieben wird vor allem, was wir gerade nicht haben, nämlich „eine funktionsfähige soziale und ökologische Marktwirtschaft“ und einen „globalen Ordnungsrahmen“, „der geeignet wäre, den Kampf gegen Hunger und ökologische Zerstörung effektiv zu unterstützen“ (S. 36). Das ist zu wenig, gerade vor dem Hintergrund, dass gegenwärtig noch immer ein subtiler und mit allen Mitteln der Kunst ausgetragener Kampf um die Vorherrschaft der wirtschaftspolitisch überzeugendsten Idee tobt, der – anders als manche meinen – noch nicht gewonnen ist.

Einige wohlgesetzte, klärende Worte wären daher angebracht: Dabei sollte es um die zentralen Bilder gehen, die die Machtposition des marktradikalen Modells gegenwärtig sicherstellen: Die Bilder des Marktes als „freiem Markt“ und des internationalen Handels als „Freihandel“, die – verglichen mit anderen Modellen – zum höchsten Wachstum und dadurch zum größten Glück der größten Zahl führen. Dies sind die zentralen Lebenslügen der marktradikalen Ökonomie und das Fundament für alle weiteren, wie wir seit langem wissen und die Bundestagsfraktion auch zu Recht andeutet.¹³ Diese Lebenslügen sind bis heute so stark, dass sie von einigen noch immer als selbstverständlich betrachtet werden und bei anderen, die eigentlich von ökologischen und sozialen Fragen motiviert sind, intellektuelle Verheerungen angerichtet haben. Wenn vom Markt die Rede ist, denkt eine Mehrheit an den freien, nicht regulierten Markt, und eben nicht an den ökologisch und sozial regulierten Markt, den die Bundestagsfraktion in „Grüne Marktwirtschaft“ skizziert. Dabei sei am Rande bemerkt, dass der „freie Markt“ nur in ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen stark dereguliert, in Eigentums-, Zugriffsfragen und der Absicherung von Privilegien dagegen höchst reguliert ist.

Außerdem brauchen wir gute Konzepte für die Eindämmung der gefährlichsten Auswüchse des unregulierten globalen Kapitalismus, insbesondere auf dem Gebiet der internationalen Finanzmärkte und für die Vorstände global agierender Aktiengesellschaften, die sich teilweise wie moderne Freibeuter verhalten. Erste gute Ansätze zu diesem Thema enthält der Readerbeitrag „Grüne Finanzmarktpolitik“.¹⁴ Mit der Regulierung von Hedgefonds wird dort ein dringendes Thema angesprochen. Dieser Ansatz muss weiterentwickelt werden. Wir brauchen neue Spielregeln für Investoren und Fonds, die *einseitig* auf kurzfristige

¹² Reinhard Loske, Ein anderes Lied, taz (5.10.2005), schrieb dazu, der Grund für das Schweigen der Grünen liege wohl darin, dass wir im Gegensatz zu vielen anderen von den Auswüchsen des Kapitalismus nicht überrascht worden seien. Dies mag eine Rolle gespielt haben. Ein guter Grund für die starke Zurückhaltung der Grünen in dieser Frage ist es indes nicht. Auch den Wandel des Klimas haben wir ja im Gegensatz zu anderen erwartet – und trotzdem immer wieder mit klaren Worten darauf hingewiesen.

¹³ „Wir legen Wert auf die Feststellung, dass grüne Marktwirtschaft nicht nur ökologischer ist, sondern auch wirtschaftlich erfolgreicher als die bisherige ökologisch blinde Marktwirtschaft“ (S.4).

¹⁴ Gerhard Schick, Grüne Finanzmärkte. Warum wir sie brauchen und wie sie aussehen müssen, Reader Grüne Marktwirtschaft der Bundespartei (2007), S. 74 ff.

Renditemaximierung ausgerichtet sind!¹⁵ Dabei geht es nicht darum, für die Finanzierung von wichtigen Innovationen unverzichtbare Investoren zu dämonisieren. Es geht vielmehr darum, sie dazu zu bringen, die übernommenen Unternehmen nachhaltig und verantwortungsvoll zu betreiben. Ziel ist es, das Risiko zu minimieren, dass die Substanz mittelständischer Unternehmen zerstört, langfristige Unternehmensstrategien unmöglich gemacht, Arbeitsplätze sinnlos vernichtet und der soziale Zusammenhalt gefährdet wird.

b. Ein Schritt zu wenig, aber dennoch in Gefahr: Soziale Marktwirtschaft

Der Übergang von der „liberalistischen“, „freien“ zur „sozialen Marktwirtschaft“ war ein langsamer und mühsamer Prozess, der viele Jahrzehnte in Anspruch genommen hat, hart erkämpft werden musste und gegenwärtig aufgrund der bereits beschriebenen Entwicklungen wieder auf dem Spiel steht. Was nun ansteht, ist allerdings mehr als die neue Fundierung des Sozialen mit der Hilfe neuer Instrumente und neuer Rahmenbedingungen. Was wir brauchen ist ein weiterer Schritt über die soziale Marktwirtschaft hinaus: den Übergang zu einer sozialen *und* ökologischen, zu einer „Grünen Marktwirtschaft“. Denn die soziale Marktwirtschaft ist genauso blind für die ökologischen Fragen wie der unregulierte Kapitalismus. Der Übergang zu dem Wirtschaftstypus der Grünen Marktwirtschaft ist daher die ethische Forderung der Gegenwart, national, europäisch und global. Das Tempo, mit dem diese neue Wirtschaftsordnung eingeführt werden wird, bestimmt zentral über die Lebenschancen heutiger und zukünftiger Generationen. Wir sind überzeugt: Die Grüne Marktwirtschaft ist die Perspektive für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts, genauso wie es die soziale Marktwirtschaft für das 20. Jahrhundert war.

c. Gibt es etwas Besseres?

Vittorio Hösle schreibt zur Größe der Herausforderung, vor der wir stehen, es gehe darum, „diejenigen Bestandteile der Moderne, die in der Tat Ausdruck einer aufs tiefste imponierenden Vernunft sind, von dem zu trennen, was an ihnen zerstörerisch, ja selbstzerstörerisch“ sei. „Da die beiden Seiten der Moderne, die konstruktive und die destruktive – allerdings extrem eng miteinander verbunden“ seien, bedürfe es „höchster intellektueller Chirurgie, um sie zu trennen“. Und „da die Operation am eigenen Herzen“ stattfinde, werde es nicht leicht sein, „das Zittern der Hand zu unterbinden“.¹⁶

Wird die Trennung der konstruktiven Seiten des Kapitalismus von seinen destruktiven Seiten mit der Einführung einer „Grünen Marktwirtschaft“ gelingen? Dabei geht es ja in der Tat um das Kunststück, die ökologische Krise mit demselben Grundinstrumentarium (Kapitalismus, Wissenschaft und Technik) zu bewältigen, ohne das sie überhaupt gar nicht erst entstanden wäre. Gibt es möglicherweise gegenwärtig bereits Konzepte, die über die Konzeption einer „Grünen Marktwirtschaft“ hinausführen?

Reiner „Antikapitalismus“, wie ihn ein Teil von DIE LINKE und ein Teil von ATTAC pflegen, reicht jedenfalls nicht. Die Mindestvoraussetzung für alternative Vorschläge ist, dass sie gute, belastbare und umsetzbare Antworten auf das Umweltproblem, das Armuts- und Ernährungsproblem und das Problem der ungeheuren Ungleichverteilung weltweiten

¹⁵ Dies fordert auch Fritz Kuhn, z.B. in „Wir wollen eine Wirtschaftspartei werden“, Süddeutsche Zeitung (16.11.2006).

¹⁶ Vittorio Hösle, Moral und Politik. Grundlagen einer politischen Ethik für das 21. Jahrhundert (1997), S. 93.

Wohlstands geben, und zwar nicht in Utopia, sondern hier und heute. Keine dieser Voraussetzungen wird jedoch gegenwärtig von angeblichen Alternativen auch nur annähernd erfüllt. Eine politisch verwertbare Diskussion zu alternativen Wirtschaftsmodellen gibt es bisher aber nur „innerhalb des Kapitalismus“, der sich auf extrem unterschiedliche Art und Weise ausformen lässt. Dabei liegt das Modell des „unregulierten Kapitalismus“, das wir bekämpfen, am einen Ende der Skala, und das Modell der sozial, ökologisch und kulturell regulierten „Grünen Marktwirtschaft“, für das die Grüne Bundestagsfraktion steht und das wir unterstützen, am entgegengesetzten Ende.

Auch wenn wir uns strikt gegen den „freien Markt“, den „Freihandel“, folgenblinde Wissenschaft und zerstörerische Technik wenden, sind wir doch davon überzeugt, dass die Probleme unserer Zeit nicht ohne das ungeheure Effizienzpotential des Marktes, ohne die Vorteile des internationalen Handels und ohne „grüne Technik“ zu lösen sind. Worauf es ankommt, ist die Rahmenbedingungen so zu setzen und die Institutionen so zu gestalten, dass Markt, Handel, Wissenschaft und Technik keine Probleme schaffen, sondern ihre Potentiale zur Lösung der Probleme voll entfalten können.

4. Bei den Grundwerten geht noch was...

„Grüne Marktwirtschaft“ ist eine offene, unideologische Konzeption. Im Vordergrund stehen daher die grünen Grundwerte. Aus diesen Grundwerten wird alles andere, Ziele, Grundsätze, und Mittel, abgeleitet – und „zwar immer wieder von Neuem“. Welche sind also die Grundwerte von „Grüne Marktwirtschaft“? Wir meinen, dass Grüne Marktwirtschaft die Grundwerte der „Nachhaltigen Entwicklung“, „Selbstbestimmung“, „erweiterten Gerechtigkeit“, „Sicherheit“, „Gewaltfreiheit“ und „Demokratie“ zu Grunde liegen. Sie werden von der Bundestagsfraktion allesamt erwähnt, müssen aber klarer herausgearbeitet werden.

a. „Nachhaltige Entwicklung“ statt „Fortschritt“

Insbesondere der Begriff der „Nachhaltigen Entwicklung“, der unserer Ansicht an die Stelle des alten Fortschrittsbegriffs treten muss, kommt bisher nur am Rande vor – im Zusammenhang mit grüner Finanz- und Haushaltspolitik. Warum diese Zurückhaltung? Immerhin handelt es sich um einen wichtigen Durchbruch, die herrschende Vorstellung von Fortschritt in Frage gestellt und erfolgreich etwas anderes, besseres an ihre Stelle gesetzt zu haben, einen Durchbruch im Übrigen, der die Konzeption grüner Wirtschaftspolitik zutiefst prägt.

Die Fortschrittsidee hat sich im Laufe der Geschichte radikal verändert: Während sich Fortschritt in der Antike noch darauf bezog, im Laufe des eigenen Lebens eine gewisse „moralische Reinigung“ zu erreichen, hat die Neuzeit diese „vertikale“ Fortschrittsidee vollständig „horizontalisiert“. Gesellschaften sollten es morgen besser haben als heute. Dies wurde zunächst vor allem mit der Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit verknüpft, reduzierte sich aber in der Folgezeit immer mehr auf das Quantifizierbare und Messbare. Irgendwann hatte sich die Fortschrittsidee fast vollständig ökonomisiert. Das Bruttoinlandsprodukt wurde zum wichtigsten Kriterium für den Fortschritt einer Nation.

Wir Grüne haben diese platte, undifferenzierte Idee von Fortschritt immer abgelehnt. Mit dem Begriff der „Nachhaltigen Entwicklung“ haben wir ein Konzept wiederbelebt, das

weitaus komplexer ist und Kriterien bereithält, zwischen erwünschten und unerwünschten Neuerungen zu unterscheiden, statt per se alles toll zu finden, auf dem das Etikett „neu“ klebt. Deshalb ist auch „wirtschaftliche Dynamik“ für uns kein Wert an sich, sondern nur eine Option. Für uns ist die Richtung entscheidend. Dementsprechend hat Grüne Wirtschaftspolitik zwei sehr unterschiedliche Seiten, eine „veränderungsbejahende“ und eine „veränderungsbejahende“. Neuerungen, die unbekannte oder schädliche ökologische oder soziale Folgewirkungen haben, bremsen wir ab und dämpfen dadurch die Innovationsdynamik der Marktwirtschaft. Genannt seien nur einige Stichworte wie „Atomkraft“, „Gentechnik“, „Technikfolgenabschätzung“ und „Risikobewertung“. Neuerungen, die sich im Rahmen unserer Zielsetzungen entfalten, treiben wir dagegen massiv und konsequent voran und tragen so zu einer hohen Beschleunigung der Innovationsdynamik der Wirtschaft bei, genannt sei nur der gesamte Bereich der erneuerbaren Energien oder der Effizienztechnologien, die ohne unsere Förderung lange nicht da wären, wo sie heute sind. Die Weisheit dieses Ansatzes wird im Übrigen von immer mehr Menschen erkannt und unterstützt.

Da es diesen Unterschied nicht macht, taugt das Bruttoinlandsprodukt nicht als Maßzahl für unseren Wohlstand. Das BIP schlägt auch dann nach oben aus, wenn - in den Begriffen der Ökonomie – Naturkapital, Sozialkapital, Sachkapital oder Wissenskapital massiv zerstört werden. An der alten Forderung der Einführung eines alternativen Maßstabs an Stelle des Bruttoinlandsprodukts¹⁷ sollte daher festgehalten werden. Entscheidend ist, ob die verschiedenen Kapitalien wachsen oder schrumpfen. Warum die Grüne Bundestagsfraktion diese Forderung einfach fallengelassen hat, erschließt sich uns nicht.

b. Wegweisend, aber verkürzt dargestellt: Die „grüne Wachstumsformel“

Unmittelbar mit der Forderung nach einem anderen Maßstab für Wohlstand verbunden ist der grüne Diskurs um das Thema Wachstum. In der von der Bundestagsfraktion skizzierten Formel zum Thema Wachstum (S. 5) steckt eine ganze Gedankenwelt! Um ihr konzeptionelles Gerüst zu entwickeln, haben sich viele grüne Vordenker/innen jahrzehntelang abgemüht. Das Ergebnis dieser Anstrengungen ist das Beste, was man weit und breit finden kann: eine „Wachstumsformel“, die erstens voll realitätstauglich ist, zweitens hier und heute den Weg zu einer umfassenden ökologischen Modernisierung ermöglicht, und drittens über den Tag hinaus weist. Keine andere Partei verfügt auch nur über etwas annähernd Vergleichbares. Daher ist es ein Versäumnis, ein so wegweisendes, für praktische Politik relevantes Leitbild so verkürzt dargestellt zu haben. An dieser Stelle erfolgt daher eine ausführliche Verteidigung der in „Grüne Marktwirtschaft“ vorgenommenen Hinweise und Andeutungen.

1. Wirtschaftswachstum: Der erste Teil der Formel lautet, dass wir „über eine längere Zeit“ aufgrund „struktureller Abhängigkeiten“ Wirtschaftswachstum benötigen. Die von der Bundestagsfraktion angedeuteten Abhängigkeiten bestehen tatsächlich: Erstens sind wir gegenwärtig aufgrund der Staatsverschuldung und der Verfasstheit der sozialen Sicherungssysteme auf Wirtschaftswachstum angewiesen, man denke nur an die „Rentenformel“. Zweitens brauchen wir – um weltweit die nötigen Spielräume für wirksame

¹⁷ Die Zukunft ist Grün, Grundsatzprogramm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN (2002), S.44. Allerdings ist der dort gewählte Begriff des „Ökosozialprodukts“ zu einseitig. Er symbolisiert lediglich die Integration des „Naturkapitals“ in die Berechnung des Wohlstands einer Gesellschaft.

Armutsbekämpfung zu schaffen – eine erhebliche Steigerung des weltweiten Wirtschaftswachstums. Drittens ist – und dies ist noch viel fundamentaler – der Zwang zum Wirtschaftswachstum tief im „genetischen Code“ des Kapitalismus verankert, wie Hans Christoph Binswanger, der Erfinder der Ökosteuern, beschrieben hat: Würde der heutigen Wirtschaft das Wirtschaftswachstum entzogen, würde sie nicht – wie manche zu glauben scheinen – in einen Gleichgewichtszustand übergehen, sondern in eine von schwersten Krisen durchsetzte Schrumpfungsspirale gezogen.¹⁸ Dies zunächst einmal nüchtern zur Kenntnis zu nehmen, ist für die Konzeption guter Wirtschaftspolitik unabdingbar. Nichts ist unsinniger als der Vorwurf, die grüne Bundestagsfraktion sei deshalb nun ins Lager der Wachstumsgläubigen gewechselt.¹⁹ Dies stimmte selbst dann nicht, wenn die Überlegungen der grünen Bundestagsfraktion an dieser Stelle zu Ende gewesen wären und die grüne Formel keinen zweiten und dritten Teil hätte. Sich bestimmter Notwendigkeiten und der Tiefenstrukturen unseres Wirtschaftssystems bewusst zu werden, ist etwas völlig anderes als das gläubige Hinausposaunen und Nachplappern gängiger Parolen.

2. Reduzierung des Ressourcenverbrauchs: Für die Funktionsfähigkeit unserer Ökosysteme kommt es zu allererst nicht auf das Bruttoinlandsprodukt an, sondern auf die Stoffströme der Wirtschaft. Diese Stoffströme, das heißt unseren „ökologischen Fußabdruck“ zu reduzieren bzw. zu verkleinern, ist das eigentliche, nicht verhandelbare Ziel grüner Politik! Allerdings hängen Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum eng zusammen: Bisher ging beides fast immer Hand in Hand. Deshalb, so der zweite Teil der Formel, müssen Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. Geht das überhaupt? Reinhard Loske schreibt dazu sehr anschaulich am Beispiel des Energieverbrauchs, dies sei „jedenfalls vorläufig“ möglich: Denn „wer in Industrie, Gebäuden und im Verkehrssektor Energie spart oder ihre Erzeugung auf erneuerbare Quellen umstellt, der macht (...) volkswirtschaftlich zunächst nichts anderes, als Energieverbrauch (in den Industriestaaten im Regelfall teure Energieimporte) durch Ingenieursverstand, Industrieproduktion und Handwerksleistungen zu ersetzen. Da Arbeitsintensität und Wertschöpfung in Ingenieurbüros, Handwerksbetrieben oder Solarfabriken aber um ein Vielfaches höher liegen als in Kohlegruben, Kraftwerken oder Raffinerien, sind die Effekte einer solchen Klimaschutzstrategie für das Bruttoinlandsprodukt positiv.“²⁰ Ergebnis dessen – und damit das Ziel grüner Wirtschaftspolitik – ist ein Wachstum, das die Zerstörung der Natur sukzessive vermindert. Ob es sich dabei allerdings bereits um ein „qualitatives Wachstum“ handelt, ist fraglich. Denn bisher enthält der zweite Schritt noch Lücken: Zwar berücksichtigt er die Frage der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Nicht berücksichtigt sind hingegen Sozialkapital, Wissenskapital usw. Erst wenn alle Kapitalien angemessen berücksichtigt worden sind, kann behauptet werden, die Forderung nach qualitativem Wachstum sei vollständig. Aus einer Integration der Kapitalien an dieser Stelle würden sich zudem interessante Schlussfolgerungen und Forderungen ergeben. Beispiel: Es ließe sich zeigen, dass es vollkommen unsinnig ist, nur die Investitionen in Schulbauten zu den

¹⁸ Hans Christoph Binswanger, Die Wachstumsspirale - Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses (2005).

¹⁹ Exemplarisch für eine ganze Reihe verkürzter, irreführender Darstellungen: Jan Müller, In alle Richtungen bündnisfähig, Spiegel Online (30. Juli 2007): „Das aktuelle Glaubensbekenntnis der grünen Führung heißt: Die ökologischen Probleme der Gegenwart lassen sich nur lösen, wenn es auch wirtschaftliches Wachstum gibt.“

²⁰ Reinhard Loske, Ist die Wachstumsfrage noch (oder wieder) aktuell?, in Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Grüne Marktwirtschaft – Beiträge zur aktuellen Debatte, S. 54.

Bildungsinvestitionen zu zählen, alle anderen Investitionen in Bildung hingegen als Verschuldungsrisiken darzustellen. Dieses eindimensionale Verständnis von „Sparen“ kennzeichnet gegenwärtig die Politik der schwarz-gelben Koalition in Nordrhein-Westfalen.

3. Abbau des Wachstumszwangs: Manche sind bezüglich der Kraft einer Effizienzrevolution scheinbar noch optimistischer als Reinhard Loske, andere verweisen darauf, dass es Grenzen der Entkopplung gibt.²¹ Diese Kritik ist ernst zu nehmen. Denn es ist in der Tat wahrscheinlich, dass die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch nicht ewig funktionieren kann. Wenn die Wirtschaft dauerhaft mit einer bestimmten Rate wachsen muss, um nicht zusammenzubrechen, resultiert daraus letztlich ein Zwang zum exponentiellen Wirtschaftswachstum, das *sehr langfristig* wohl von keiner Effizienzrevolution der Welt eingefangen werden kann. Die Folge wäre ein wachsender Ressourcenverbrauch, der – wie gegenwärtig – die Tragfähigkeit unserer Lebensgrundlagen untergraben würde. Daher lautet der dritte Teil der grünen Wachstumsformel, die Systeme schon heute auf eine andere Zukunft zu programmieren: Die „strukturelle Abhängigkeit“ vom Wirtschaftswachstum soll „Schritt für Schritt“ abgebaut werden, um eine Wirtschaftsordnung zu ermöglichen, die nicht mehr so stark wie heute von Wirtschaftswachstum abhängig ist, so die grüne Bundestagsfraktion. Dies wäre ein bedeutender Schritt und würde den Wachstumszwang erheblich dämpfen. Dem Kapitalismus den Zwang zum Wirtschaftswachstum ganz auszutreiben, ist so freilich kaum möglich. Deshalb ist es schon heute notwendig, so Binswanger, „Wege zu suchen, wie in geordneter Weise, das heißt ohne Inkaufnahme von Krisen, (...) der Spirallauf der Wirtschaft wieder allmählich in einen Kreislauf zurückgeführt werden kann.“ Diese Erkenntnis ist der Stachel im Fleisch der „Grünen Marktwirtschaft“ und erinnert uns daran, dass auch sie wohl nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Einstweilen gibt es allerdings noch niemanden, der den von Hans Christoph Binswanger angemahnten, friedlichen Weg gefunden hätte, zumal wir aufgrund des weltweiten Ungleichgewichts *in den kommenden Jahrzehnten* noch „Spielräume nach oben“ brauchen. Festzuhalten ist daher folgendes: Über den Tag hinaus zu denken, ist und bleibt eines der herausragenden Kennzeichen grüner Politik. *Zugleich gilt es, mit aller Kraft das zu tun, was heute auf der Tagesordnung steht.* Dies ist, davon sind wir überzeugt, für eine Effizienzrevolution zu sorgen, die unseren „ökologischen Fußabdruck“ systematisch verkleinert. Dies wiederum kann nur durch einen Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung gelingen, der „Grünen Marktwirtschaft“. Diesen nächsten großen Schritt gilt es mit aller Kraft zu gehen.

c. „Erweiterte Gerechtigkeit“

Die zweite zentrale Neuerung neben der Ersetzung des Fortschrittsbegriffs durch den Begriff der Nachhaltigen Entwicklung ist die Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs. Während Gerechtigkeit in der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft lediglich die Dimensionen der Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit beinhaltet, haben wir Grüne diesen Begriff um Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und internationale Gerechtigkeit erweitert, im Bereich der Chancengerechtigkeit unterscheiden wir zwischen Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit. Diese Erweiterung hat handfeste Konsequenzen für Grüne Wirtschaftspolitik.

²¹ Z.B. Sven Giegold, Die ökologischen Wurzeln ausgerissen - Grüne haben den totalen Wettbewerb als Motor für die Wirtschaft entdeckt, Frankfurter Rundschau (6.1.2007).

Gut ist der Bundestagsfraktion dabei die Ausformung von Geschlechtergerechtigkeit gelungen. Wir halten es z.B. für eine gute Idee, Forschungs- und Investitionsförderung an verbindliche Gleichstellungskriterien zu knüpfen (S.24). Allerdings gehört der Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr systematisch nicht zum Thema „Frauen fördern“. Schließlich sind auch Väter und die gesamte Volkswirtschaft hieran interessiert. Den entsprechenden Unterabschnitt auf S. 25 sollte man daher allgemeiner mit dem Titel „Vereinbarkeit von Familie u. Beruf“ überschreiben.

Gut ist auch die Darstellung des Zusammenspiels von Zugangs-, Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit gelungen. Der Grundwert der Generationengerechtigkeit findet an zahlreichen Stellen seinen Niederschlag. Internationale Gerechtigkeit wird im Kapitel zu Europa und Globalisierung ausführlich behandelt, hätte allerdings im Zusammenhang mit der Forderung nach einer Forcierung der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte unter dem Gesichtspunkt der „Plünderung des Wissenskapitals“ ärmerer Länder diskutiert werden müssen.²²

Vollkommen zu kurz kommt nur der Wert der Leistungsgerechtigkeit, obwohl er eine Sprengkraft birgt, die nicht unterschätzt werden sollte. Insbesondere die Forderungen nach einer Erhöhung der Erbschaftssteuer hätte man in Zeiten rasant wachsender Ungleichheit²³ mit dem Hinweis nach mehr Leistungsgerechtigkeit unterlegen können.²⁴ Geradezu grotesk ist vor diesem Hintergrund der Beschluss der großen Koalition, Erben weiter zu entlasten! Zudem wäre der Bundestagsfraktion so möglicherweise nicht entgangen, dass sich manche Managergehälter mittlerweile von jedem Leistungszusammenhang gelöst haben, ein Phänomen, das das Gerechtigkeitsgefühl vieler Menschen ganz erheblich verletzt. Wir meinen daher: Der Begriff der Leistungsgerechtigkeit ist unverzichtbar. Ihn der interessengeleiteten Interpretation von Lobbyvereinen wie der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ zu überlassen, halten wir für einen Fehler.

d. Demokratie: die entscheidende Rolle der Zivilgesellschaft

Bis in die 1970er Jahre hatten es die Staaten noch in der Hand, der Wirtschaft diejenigen Rahmenbedingungen zu setzen, die sie für notwendig hielten. In der Folgezeit begann sich die Macht langsam aber sicher zu Gunsten der Wirtschaft zu verschieben. Während die Wirtschaft sich immer stärker globalisierte, blieb Staatlichkeit in zentralen Bereichen national. Dieser Steuerungsverlust der Nationalstaaten wurde auf europäischer und globaler Ebene keineswegs ausgeglichen, sondern zum Teil sogar zementiert. Zwar sind die Steuerungsverluste teilweise nur graduell; denn anders als manche behaupten verfügen die Nationalstaaten auch heute noch über sehr beträchtliche Gestaltungsspielräume. In Bereichen wie der Steuerpolitik ist der Machtverlust aber unübersehbar. Immer wieder spielen multinationale Konzerne die einzelnen Nationalstaaten gegeneinander aus. Unternehmen „versteigern“ erfolgreich die Zusagen auf Schaffung neuer Arbeitsplätze, auf

²² Insofern ist die Kritik von Sven Giegold immer noch zutreffend, a.a.O.

²³ Dies hat eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gerade noch einmal eindrucksvoll belegt: Markus M. Grabka, Joachim R. Frick, Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen, Wochenbericht Nr. 45/2007 (7.11.2007).

²⁴ Vgl. z.B. Jens Beckert, Wie viel Erbschaftssteuern? MPIfG Working Paper 07/4 (2007), <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp07-4.pdf>.

Infrastrukturinvestitionen und Wirtschaftswachstum an den international Meistbietenden. Demokratie- und Politikverdrossenheit haben hierin eine ihrer wichtigsten Ursachen.

Wer heute als Partei, die den Wert der Demokratie, ja der Basisdemokratie, hoch hält, muss dieses Problem ansprechen, wenn er über Marktwirtschaft schreibt. Die Bundestagsfraktion tut dies bisher nur sehr indirekt, indem sie fordert, staatliche Macht auf europäischer und globaler Ebene zu rekonstruieren. Der Weg dorthin – und dies erörtert die Bundestagsfraktion nicht – ist allerdings noch lang und steinig. Wie kann in der Zwischenzeit Abhilfe geschaffen werden? Eine wirklich befriedigende Lösung dieses Problems gibt es nicht. Allerdings ist in den vergangenen Jahren eine Macht herangewachsen, die die entstandene Lücke zu füllen versucht, auch wenn dies nie vollständig gelingen kann: die Zivilgesellschaft mit ihrer rasant steigenden Zahl von global vernetzten Initiativen und Organisationen! Es ist kaum zu überschätzen, um wie viel ärmer wir ohne Organisationen wie Greenpeace, ATTAC, Amnesty International oder kirchliche Gruppen und Initiativen wären. Nur mit Hilfe der Kraft der global vernetzten Zivilgesellschaft kann es gelingen, den notwendigen Druck aufzubauen, der erforderlich ist, um die Regelwerke und Institutionen zu schaffen, die wir auf internationaler Ebene brauchen. Eines der zentralen Anliegen grüner Wirtschaftspolitik muss es daher sein, die Zivilgesellschaft zu stärken und die Bündnisse mit ihr zu pflegen und immer wieder zu erneuern.

5. Ordnungspolitische Grundsätze: ausgezeichnete Ansätze mit Lücken

„Quadratur des Kreises“²⁵ und „profillos“²⁶, so hat ein Teil der Presse auf die ordnungspolitischen Grundsätze von „Grüne Marktwirtschaft“ reagiert. Zugegeben: Mit Steinzeit-Parolen wie „Alle Macht dem Markt“ (FDP), „Privat vor Staat“ (CDU-FDP NRW) oder „Alle Macht dem Staat“ (DIE LINKE), hat man es in der heutigen Medienlandschaft leichter. Dies ist aber schon das einzige Argument, das unsere Kritiker/innen vorzuweisen haben. Auf der sachlichen Ebene sind derartige Positionen bankrott. Wir werben daher dafür, uns nicht in diese dumme, dogmatische Debatte von vorgestern treiben zu lassen und stattdessen die Auseinandersetzung offensiv zu suchen. Daher erlauben wir uns an dieser Stelle eine Gegenkritik: „Schwarz-Weiß-Denken“ und „steinzeitlich“ – so nennen wir die durch die genannten Attributen zum Ausdruck kommende Haltung.

Aus der Geschichte von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ergibt sich im Übrigen nichts anderes. Eine den Markt verherrlichende Partei sind die GRÜNEN nie gewesen, eine etatistische Partei allerdings ebenso wenig. Am Anfang der Umweltbewegung stand zwar die „Überwindung des kapitalistischen Systems“, ebenso kritisch wurden jedoch „sozialistische Wirtschaftsmodelle“ gesehen! Die marxistischen, staatsorientierten Wurzeln waren noch nie entscheidend und sind spätestens mit der Vereinigung mit Bündnis 90 im Zuge der Wiedervereinigung abgestorben. Bis in die Gegenwart reichen hingegen unsere starken basisdemokratischen Wurzeln.

a. Markt, Staat, Kooperation: Eine differenzierte Grundlinie

„Weder Markt fetischismus noch Staatsvergötterung“, diese ordnungspolitische Grundsatzlinie steht damit also in einer Kontinuität mit der Historie der GRÜNEN und

²⁵ Sabine Höher, Grüne bieten sich als ordoliberalen Bündnispartner an, DIE WELT (31.7.2007).

²⁶ Rainer Hank, Der Taktiker, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (27.8.2006).

überzeugt zudem auch inhaltlich: Der Staat belässt der Wirtschaft ihre Autonomie, setzt ihr aber mit starker, „sichtbarer“ Hand solche Rahmenbedingungen, dass die legale Verfolgung des Eigeninteresses nicht zu negativen ökologischen und sozialen Entwicklungen führen kann. So werden die Stärken von Markt und Staat kombiniert.

1. Markt: Denn die motivierenden, innovativen und lösungsfindenden Potentiale von Märkten sind unbestritten. Mit den Worten, Märkte und Wettbewerb seien zwar „keine Ziele an sich“, aber „hocheffiziente Suchverfahren für gute Lösungen“, werden diese Potentiale von der Bundestagsfraktion zutreffend beschrieben. Warum manche die Anerkennung des lösungsfindenden Potentials des Marktes platt und undifferenziert als „Bekenntnis zum Kapitalismus“ bezeichnen²⁷, erschließt sich uns nicht. Wir halten dies schlicht für falsch, denn den „unregulierten Kapitalismus“, der den Lesern dabei automatisch in den Sinn kommt, will die Grüne Bundestagsfraktion gerade nicht!

2. Staat/Organisation: Das Problem ist ja in der Tat, dass der Markt bei falschen Rahmenbedingungen genauso effizient das Falsche „maximiert“ wie unter richtigen Bedingungen das Richtige. Märkte sind zwar effizient, aber weder nachhaltig noch gerecht! Der Klimawandel ist das gegenwärtig meistdiskutierte Ergebnis eines solchen „Marktversagens“, weil die Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass die Preise für die Verfeuerung fossiler Energieträger nicht die „ökologische Wahrheit“ sagen. Vom Prinzip her sind daher – anders als die Marktfundamentalisten suggerieren – die Rahmenbedingungen „wichtiger“ als der Wettbewerb, oder genauer: der anspruchsvollere, schwierigere Teil! Um die richtigen Rahmenbedingungen durchzusetzen, bedarf es eines starken Staates. Auch diese Forderung der Bundestagsfraktion unterstützen wir. Hinzufügen sollte man aus unserer Sicht noch „unparteiisch“. Denn das Eindringen von Lobbyisten in die Sphäre des Staates ist mittlerweile zu einem sehr ernstesten Problem geworden. Gelingt es nicht, die Lobbyisten in den ihnen zustehenden Raum zurückzudrängen, wird es uns nicht gelingen, unsere Ziele zu erreichen. Deshalb ist es dringend erforderlich, über die Zielbeschreibung der Bundestagsfraktion (S.16 f.) hinaus konkrete Maßnahmen zu benennen. Ansonsten bleibt eine solche „Anklage“ wirkungslos.

3. Kooperation: Hinzu kommt noch eine dritte Form der Koordinierung wirtschaftlicher Handlungen, nämlich die gesellschaftliche „Kooperation“. Dazu ist der Bundestagsfraktion mit den ihren Ausführungen zum „Dritten Sektor“ ein gutes Kapitel gelungen.

4. Von zentraler Bedeutung für eine wirtschaftspolitische Konzeption sind zudem die ordnungspolitischen Vorrangregeln. Welchem Koordinationsmechanismus (Markt, Staat/Planung, Kooperation) wird welcher Status eingeräumt? Dazu hat sich die Bundestagsfraktion nicht geäußert, was die Kritik rechtfertigt, die ordnungspolitischen Grundsätze seien bisher noch „recht vage“²⁸. Wohlgemerkt: Derartige Vorrangregeln sind nicht als für immer und ewig einzementierte Denkbefehle zu verstehen.

²⁷ Z.B. Stefan Zimprich, Mit „Grüner Marktwirtschaft“ in die Regierung, Financial Times Deutschland (30.7.2007).

²⁸ Barbara Gillmann, Grüne ringen um die Marktwirtschaft und wollen so bündnisfähig werden, Handelsblatt (31.7.2007).

a. Für Austauschprozesse „privater Güter“ ist eine Vorrangregel zu Gunsten des Marktes unstrittig. Denkbar sind in diesem Zusammenhang zwei streng voneinander zu unterscheidende Regeln: Zum einen die ideologische Steinzeit-Regel „Privat vor Staat“, die sich die schwarz-gelbe Koalition in NRW für private und (!) öffentliche Güter auf die Fahnen geschrieben hat, zum anderen eine differenzierte Regel, die Raum für qualitative Abwägungen lässt und keinen Befehl zum Ausschalten des Verstands gibt: „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“. Diese Regel beinhaltet also auch den Fall, dass „Staat – wenn es nötig ist – vor Privat“ geht. Welche Regel wir für sinnvoller halten und sich besser in die differenzierte Grundsatzlinie von „Grüne Marktwirtschaft“ einfügt, bedarf wohl keiner weiteren Erklärungen.

b. Wichtig ist zudem die Frage des Instrumentariums, mit dem der Ordnungsrahmen ausgestaltet wird. Die Konzeption der „sozialen Marktwirtschaft“ fordert dazu dogmatisch einen „marktkonformen Ordnungsrahmen“ bzw. „marktwirtschaftliche Instrumente“. Marktwirtschaftliche Instrumente haben viele Vorteile – wenn sie funktionieren. Aber das tun sie aus den verschiedensten Gründen nicht immer. Man muss wohl schon mit dem Öl der „Freiburger Schule“ gesalbt sein, um den ideologischen Befehl zur Marktkonformität überzeugend zu finden. Die Meinung der Bundestagsfraktion zu dieser Frage ist allerdings auch nicht gerade eine Offenbarung: Gefordert wird ein „Kuddelmuddel“, ein „richtiger Mix aus Steuern, Grenzwerten und Verboten sowie indirekten Rahmensetzungen“ (S.4). Doch was bitte ist „richtig“? Besser, instruktiver und zudem in der Logik der ersten Vorrangregel liegend wäre die Regel: „So viele marktwirtschaftliche Instrumente wie möglich, so viel ordnungsrechtliche wie nötig“. Diese Formel würde die Stärken der Rahmentheorie der „neoklassischen Umweltökonomie“ mit dem Stärken der Managementregeln der „ökologischen Ökonomie“²⁹ verbinden.

c. Und was ist mit dem Bereich der Kooperation? Hierfür braucht man keine *Vorrangregel*, sondern lediglich entsprechende Freiheits- und Assoziationsrechte, besondere Rechtsformen und Fördermöglichkeiten, die die freiwillige Kooperation immer dann ermöglichen, wenn die Bürger/innen sie wollen. Die *Grundregel* lautet also: „Soviel Kooperation, wie immer die Bürger/innen wollen!“ In der Logik einer Partei, die den Wert der Basisdemokratie hoch hält, liegt es, diese Freiheitsräume so weit wie möglich zu stecken. Daher fordert die Bundestagsfraktion zu Recht, gesellschaftliche Initiativen wie Genossenschaften besser zu fördern, beispielsweise bei der Vergabe öffentlicher Kredite durch die KfW. Außerdem soll mit der „Wir e.G.“ eine neue Rechtsform geschaffen werden, um Gruppen von Arbeitslosen eine gemeinsame Unternehmensgründung zu ermöglichen. Alle diese Vorhaben weisen in die richtige Richtung.

b. öffentliche Güter: Konkretisierung dringend notwendig!

Der größte Konflikt um Markt, Staat und Kooperation betrifft allerdings nicht den Bereich der privaten Güter. Der größte Konflikt betrifft den Bereich der öffentlichen Güter, also derjenigen Grundgüter, die so zentral sind, dass alle daran teilhaben sollen. Hier ist der

²⁹ Diese Managementregeln sind für die Konzeption grüner Wirtschaftspolitik fundamental: 1. darf bei erneuerbaren Ressourcen die Nutzungsrate nicht größer sein als die Regenerationsrate der Quelle. 2. darf bei nicht erneuerbaren Ressourcen die Nutzungsrate die Nutzungsrate nachhaltig genutzter erneuerbarer Ressourcen nicht überschreiten, die die nicht erneuerbare Ressource ersetzen sollen. Und 3. darf bei Schadstoffen die Emissionsrate nicht größer sein als die Rate, mit der er in seiner Senke abgebaut, absorbiert oder unschädlich gemacht werden kann.

Markt nicht unbedingt die erste Wahl. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die erste Kontroverse sich bereits um die Vorfrage dreht, welche Güter überhaupt öffentlich sind – und bis zu welchem Grad. Erst die zweite Kontroverse dreht sich dann um die Frage, auf welche Art und Weise öffentliche Güter bereitzustellen sind. Dazu vertritt „Grüne Marktwirtschaft“ den Grundsatz, dass den Staat lediglich eine Gewährleistungspflicht trifft. Der Staat muss garantieren, dass alle Zugang zu öffentlichen Gütern erhalten, wie er dies bewerkstelligt, ist ihm überlassen. Er kann dazu – wie bei der Versorgung mit „Brot und Butter“ – die Koordination dem Markt überlassen. Er kann die Organisation allerdings auch vollständig selbst übernehmen – wie im Fall der äußeren Sicherheit. Zwischen diesen Extremen gibt es ein stufenloses Kontinuum staatlich-marktlicher Mischformen.

Wir unterstützen den Grundsatz der staatlichen Gewährleistung und einer daran gekoppelten Fall-zu-Fall-Abwägung. Allerdings ist es bei einem so differenzierten, offenen Grundsatz um so wichtiger, in den gesellschaftlichen Hauptkontroversen klar und erkennbar Stellung zu beziehen und wesentliche Konkretisierungsschritte weiter zu gehen, u.a. auch um den zuständigen Entscheidungsträger/innen Kriterien an die Hand zu geben, anhand derer eine professionelle Fall-zu-Fall-Abwägung möglich ist. Nur so ist es zudem möglich, die nötige Durchschlagskraft zu entwickeln. Einmal mehr fordern wir also mehr „Kante“ ein.

1. Netzgebundene Infrastrukturen: Im Bereich der netzgebundenen Infrastrukturen ist die Bundestagsfraktion immerhin einen Konkretisierungsschritt weiter gegangen: Für die Bahn wie für die Energieversorgung müsse gelten: Das Netz dem Staat, auf der Basis des staatlichen Netzes regulierter Wettbewerb, der zu einer Steigerung der Qualität und einer Senkung der Kosten beitragen soll. Wir stimmen dem uneingeschränkt zu. Allerdings halten wir eine weitere Ausarbeitung dieser Grundsätze für notwendig (mehr dazu unter „ökologischer Rahmen“).

2. „Nur Staat“: Des Weiteren halten wir es – möglicherweise im Gegensatz zur Bundestagsfraktion – für nötig, einen Kernbereich abzustecken, der aufgrund seiner ganz besonderen Eigenart ausschließlich dem Staat vorbehalten sein soll und in dem nicht einmal Splitter der marktwirtschaftlicher Profitsteigerungslogik eindringen dürfen. Dazu sollten mindestens die innere und äußere Sicherheit, Justiz, Strafvollzug und der gesamte polizeiliche Bereich gehören. Wie gefährlich beispielsweise die gegenwärtig in vielen Bundesländern vorangetriebene Privatisierung oder Teilprivatisierung von Gefängnissen werden kann, zeigt sich in den USA: Dort ist im Zuge einer entsprechenden Privatisierungswelle ein rapide wachsender Wirtschaftszweig entstanden, der für sich in Anspruch nimmt, das Wegschließen von Kriminellen billiger als der Staat zu organisieren. Wohlgedenkt: Auch in staatlichen Gefängnissen steht bei weitem nicht alles zum Besten! Aber privatisierte oder teilprivatisierte Gefängnisse haben im Gegensatz zum Staat eine entscheidende *systematische* Schwäche: Sie sind an einer guten Auslastung interessiert, im Gegensatz zum Rechtsstaat, der ein gegenteiliges Interesse hat und zudem die Reintegration Straffälliger in die Gesellschaft anstrebt. Daher sind wir der Meinung: Wer Gefängnisse privatisiert, macht den Rechtsstaat lächerlich!

3. „Rest“: Weitere Bereiche von Gesundheit über Bildung und Kultur bis hin zur Frage, wem „das Wissen“, beispielsweise die Genomsequenzen von Mensch und Pflanzen, gehört, bedürfen dringend noch einer eingehenden Erörterung.

6. Rahmen: Ökologisch und sozial

a. Ökologisch: Energiegeld einführen, Energiekonzerne zerschlagen, Langfristigkeit

Wir unterstützen die Forderungen und Überlegungen zum ökologischen Rahmen nahezu vollständig. Bei drei Themen allerdings fordern wir „mehr“. Sie sollten auf der Prioritätenliste ganz nach oben rücken.

1. Ökosteuer: Wir brauchen ein Konzept für die Weiterentwicklung der Ökosteuer. Was die Bundestagsfraktion in „Grüne Marktwirtschaft“ fordert, also lediglich den Abbau der Ausnahmeregelungen der Ökosteuer, ist zu wenig, wenn wir unser Ziel, den Ressourcedurchsatz der Wirtschaft systematisch zu senken, ernst nehmen wollen. Zwei Wege halten wir in diesem Zusammenhang für erwägenswert: Erstens könnte man die Logik der Ökosteuer, Rohstoffe zu verteuern und Arbeit zu entlasten, beibehalten und auf andere Ressourcen übertragen und diese Steuer dann schrittweise erhöhen. Die Ökosteuer würde dadurch zu einer „allgemeinen Ressourcensteuer“ ausgebaut werden. Dieser Weg wird z.B. im Rahmen des sog. „Aachen-Szenario“ der Stiftung Kathy Beys vorgeschlagen. Die Ergebnisse eines ersten dazu verfassten Gutachtens sind sehr viel versprechend, sowohl für die Senkung des Ressourcendurchsatzes als auch für die Arbeitsplatzbilanz. Leider ändert die durchdachte Logik jedoch nichts daran, dass das Ökosteuerkonzept sehr schwer vermittelbar ist. Daher könnte man – zweitens - einen anderen Weg einschlagen und ein „Energiegeld“ oder „Ressourcengeld“ einführen: Alle Einnahmen aus weiteren Erhöhungen der Ökosteuer oder weiteren Ressourcensteuern kommen in einen Topf und werden am Jahresende – oder an jedem Monatsende? – an alle Bürger pro Kopf wieder ausgeschüttet. Dabei erhält jede/r exakt denselben Betrag. Dadurch erhält der Durchschnittsverbraucher am Ende genauso viel, wie er aufgrund der Steuer eingezahlt hat. Wer jedoch Energie spart, profitiert; er erhält am Ende des Jahres einen „Ökobonus“. Wer Energie verprasst, zahlt dagegen drauf. Dies hätte wahrscheinlich folgende Effekte: Jede/r Verbraucher/in würde zum Sparen angeregt – was Effizienzpotenziale entfesseln könnte, von denen bislang niemand zu träumen wagt. Es fände eine Umverteilung von Energiesparer/innen zu überdurchschnittlichen Energieverbraucher/innen statt, wodurch die ökologische unmittelbar mit der sozialen Frage verknüpft würde. Schließlich würden aufgrund der Rückverteilung Abgaben in nahezu jeder notwendigen Höhe mehrheitsfähig. Beide Vorschläge, der des „Aachen-Szenarios“ und der des „Energiegelds“ gilt es in den kommenden Wochen intensiv zu diskutieren.

2. Energiekonzerne/Energienetze: Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die „Energiewende“ ist die „Zerschlagung der Energiekonzerne“, also die Trennung von Energieerzeugern und Energienetzen sowie die Rückführung der Energienetze in die Hand des Staates (S.32): Nur dann werden alle Wettbewerber einen gleichen und fairen Zugang zum Energienetz erhalten, nur dann wird sich ein wirklicher Wettbewerb zu Gunsten der Verbraucher/innen entfalten können, nur dann werden die notwendigen Investitionen in modernste Kraftwerkstechnik und erneuerbare Energien fließen, nur dann wird das Energienetz entsprechend den neuen Anforderungen für ökologische Energieerzeugung umgebaut werden können [Dezentralisierung des Wechselstromnetzes, Errichtung eines europäischen Hochspannungsgleichstromübertragungsnetzes (HGÜ)]. Wer die Energiewende will, muss daher das Oligopol der großen Energiekonzerne aufbrechen! Die

dazu notwendigen Voraussetzungen müssen jetzt geschaffen werden. Wir fordern die grüne Bundestagsfraktion dazu auf, dieses Projekt zu einem ihrer Schwerpunkte zu machen.

3. Langfristigkeit: Wer nur an die nächste Quartalsbilanz denkt, kann kaum langfristig und nachhaltig wirtschaften. Daher fordern wir, eine neue „Politik der Langfristigkeit“ zum Kernbestandteil des grünen Ordnungsrahmens zu machen. Zu diskutieren sind in diesem Zusammenhang strenge gesetzlich verpflichtende ökologische Rating-Kriterien, die Erweiterung der Perspektive von Unternehmensvorständen und Geschäftsführer/innen durch Haltepflichten von Aktienoptionen und Aktien, die Bindung der Altersvorsorge an den langfristigen Unternehmenserfolg, ein staatliches Beschaffungswesen nach ökologischen Kriterien oder – zusammen mit dem Top-Runner-Ansatz – Mehrwertsteuerermäßigungen für die ökoeffizientesten Produkte.

b. Sozial: Zugänge schaffen, Teilhabe gewährleisten, Balance wiederherstellen!

„Mit bloßem Auge“ ist erkennbar, dass sich die Spaltungstendenzen unserer Gesellschaft gegenwärtig verstärken! Bei allen Elementen der sozialen Gerechtigkeit, bei der Zugangs-, Teilhabe- und der Verteilungsgerechtigkeit gibt es massive Defizite. Allerdings wollen wir uns – angesichts der gesonderten Diskussion um Grundsicherung und Grundeinkommen – an dieser Stelle einer Erörterung enthalten und gesondert zu dieser Frage Stellung nehmen. Klar ist in jedem Fall: Wir müssen alles tun, um auch in Zeiten der Globalisierung neue Zugänge zu schaffen, Teilhabe zu gewährleisten und die verloren gegangene Balance wiederherzustellen.

7. Impulse: TTT, Selbständigkeit und Dienstleistungen

a. Nachhaltige Wissensgesellschaft: Talente, Toleranz und Technologie

Im „digitalen Kapitalismus“ entwickelt sich Wissen zu *der* entscheidenden strategischen unternehmerischen Ressource. Kreative Menschen anzuziehen, zu binden und zu halten wird daher mehr und mehr über den ökonomischen Erfolg von Metropolen und Regionen entscheiden. Der Ökonom Richard Florida hat in diesem Zusammenhang herausgefunden, dass wirtschaftliche Dynamik heute vor allem dann entsteht, wenn kreatives Talent und technologisches Know-how in einem Umfeld der Toleranz zusammentreffen. Denn kreative Menschen fühlen sich von Toleranz und freiheitlichem Denken angezogen. Genau dies gehört zu den Kernkompetenzen von uns Grünen. Wir sollten Floridas TTT-Konzept daher aufgreifen und offensiv nutzen – wie es gegenwärtig die Hamburger Grünen mit ihrem Leitbild der „Kreativen Stadt“ tun.³⁰ Dabei kommt es uns – „über Florida hinaus“ –allerdings entscheidend darauf an, zu welchen Zwecken Kreativität, Talent und Technologie eingesetzt werden. Unser Ziel ist nicht die „Wissensgesellschaft“ schlechthin, sondern eine „nachhaltige Wissensgesellschaft“, in der Wissen nicht zur Schaffung, sondern zur Lösung von Problemen generiert und angewandt wird. Wir sind überzeugt, dass ein solches Leitbild „kreative Köpfe“ zusätzlich motiviert und anzieht. Dafür gilt es die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, z.B. einen möglichst egalitärer Zugang zum Internet, steigende Ausgaben für Forschung, Entwicklung, hochwertige Bildung und eine mutige Einwanderungspolitik, wie sie die Grüne Bundestagsfraktion fordert (S.28 ff.).

³⁰ Vgl. die hervorragende Homepage der Hamburger Grünen unter <http://www.hamburg-kreativstadt.de/>.

b. Mehr Selbständigkeit: auf Gründer/innen, kleine und mittlere Unternehmen setzen!

Ein Herz für Gründer/innen, Kleinbetriebe und den Mittelstand haben die Grünen schon lange. Selbstbestimmtheit, die Überlegenheit der kleinen Einheit und der unternehmerische Aufbruch zur Umsetzung neuer Ideen sind urgrüne Einstellungen! Reformhäuser, Biobauernhöfe, grüne Schreinereien, Fahrradläden und Solarkraftwerke wurden von grünen Unternehmer/innen lange gegründet, bevor grüne Politiker/innen den Aufbau einer grünen Wirtschaft mit staatlichen Mitteln fördern konnten. Heute kommt eine wachsende Zahl von Handwerkern hinzu, Unternehmen, die energie- und ressourceneffiziente Produkte herstellen, nach ökologischen Grundsätzen arbeitende Architekturbüros, IT-Schmieden, Kulturbetriebe, Dienstleister/innen, der Bereich des ökologischen und nachhaltigen Investments – und und und. Wir wissen: Ohne „grüne Unternehmer/innen“ wird die ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft nicht gelingen. Daher unterstützen wird die Strategie der Bundestagsfraktion zur Förderung von Selbständigkeit und Selbstbestimmung (S.19 ff.) voll und ganz.

Allerdings sind wir der Meinung, dass den entsprechenden Kapiteln bisher noch die notwendige inhaltliche Tiefe fehlt. Insbesondere die Ausführungen zum Thema Bürokratieabbau missfallen uns. Den Vorschlag zur Schaffung eines neuen einheitlichen Arbeitsgesetzbuches für das bislang überwiegend richterrechtlich normierte Arbeitsrecht kann man kaum ernst nehmen. Erwartet die Bundestagsfraktion wirklich, dass kleine und mittlere Betriebe sich den „Gang zum Anwalt“ sparen, arbeitsrechtliche Fälle völlig unbürokratisch selbst lösen und sich anschließend – ebenfalls unbürokratisch – selbst vor Gericht vertreten würden, wenn ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch vorläge?

Andere, wichtige Vorschläge für die Stärkung des klein- und mittelständischen Sektors fehlen dagegen, insbesondere zur Reduzierung der korporatistischen Selbstverwaltung der Wirtschaft auf ein Minimum; Stichworte dazu sind die kritische Überprüfung der IHK-Zwangsbeiträge inklusive einer Aufgabenkritik der IHK's, die Abschaffung eines allgemeinen politischen Mandats des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, dessen Funktionäre gegenwärtig alles tun, um die Energiewende zu blockieren sowie die kritische Überprüfung der monopolartigen Stellung von Berufsgenossenschaften. Wir sind überzeugt: Wenn Unternehmen ihre Interessen vertreten sehen wollen, werden sie freiwillig Beiträge an ihren Branchenverband entrichten. Wenn der/die Unternehmer/in hingegen mit dem eigenen Branchenverband nicht einverstanden ist, soll der Austritt möglich sein. Es ist doch grotesk, das Unternehmer/innen gegenwärtig dazu gezwungen werden, Interessenverbände zu finanzieren, die gegen die eigenen Interessen arbeitet.

Die Idee einer „Beschäftigungsrücklage“ halten wir für sehr interessant. Da es sich um ein neues Konzept handelt, ist es aber um so dringender erforderlich, wenigstens kurz zu umreißen, wie eine solche Rücklage gestaltet werden soll: Soll sie nur für Personengesellschaften gelten? Würden GmbH's bei Ausschüttung der Rücklage besteuert? Unter welchen Umständen darf steuerneutral aus der Rücklage entnommen werden? Diese und andere Fragen gilt es zu klären.

Das Ziel, Deutschland zu einem hervorragenden Standort für Risikokapital zu machen, halten wir für richtig. Doch wie stellt sich die Bundestagsfraktion den Weg dorthin vor?

„Microlending“ hat jedenfalls mit Venture Capital wenig bis nichts zu tun. Notwendig wären vielmehr veränderte Regelungen zur steuerlichen Organschaft, eine veränderte Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen oder verlängerte Verlustvor- und – rücktragungsmöglichkeiten von entsprechenden Neugründungen.

Das Bekenntnis der Bundestagsfraktion, an der Mitbestimmung festhalten zu wollen, teilen wir ebenfalls. Doch auch hier vermissen wir gute Ideen zur Weiterentwicklung. Das so genannte „Co-Management“ durch Gewerkschaftsvertreter/innen im Aufsichtsrat hat Skandale wie die bei VW oder Siemens jedenfalls nicht verhindern können.

c. Dienstleistungssektor: Wenig Bewegung, große Möglichkeiten

Es ist schon beschämend, wie lange das Thema „Dienstleistungen“ diskutiert wird und wie wenig sich seitdem getan hat. Die Bundestagsfraktion hat vollkommen Recht, wenn sie die stark unterdurchschnittliche Entwicklung des Dienstleistungssektors in Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Ländern beklagt. Hier gilt es kräftige Impulse zu setzen, um die brachliegenden Potentiale zu heben. Deshalb sollte die Bundestagsfraktion noch klarer darauf hinweisen, dass mit einer Weiterführung des Bismarck'schen Sozialstaatsmodells der Finanzierung von sozialer Sicherheit über Arbeit ein stark expandierender Dienstleistungssektor nicht zu haben sein wird. Denn ein großer Teil potentieller Dienstleistungsjobs ist extrem preispfindlich. Hohe Sozialbeiträge führen daher in diesem Bereich dazu, dass diese entweder in Eigenarbeit oder „schwarz“ erbracht werden. Außerdem fehlen Hinweise auf das „Ständerecht“, das in Deutschland immer noch besonders stark ausgeprägt ist. So werden z.B. durch das Handwerksrecht so hohe Hürden geschaffen, dass man einmal um den Mond fliegen muss, um den erforderlichen Marktzutritt zu erhalten. Dies beeinträchtigt den Ausbau des Dienstleistungssektors ebenfalls erheblich.

8. Verbündete und Gegner: Die Linie geht mitten durch die Gesellschaft – und ist in Bewegung!

Seit Neustem steht bei CDU/CSU, SPD, DIE LINKE und FDP „Grünsprech“ und „Greenwashing“ auf der Tagesordnung. Nach dem Motto „entweder sie marginalisieren uns oder wir marginalisieren sie“ haben sie damit begonnen, ihre bankrotten Programme mit grüner Rhetorik zu verzieren. Gerhard Schröder reklamiert grüne Erfolge wie die erneuerbaren Energien für sich, auch wenn er sie in Wahrheit immer ausgebremst hat. Auch die Parteistrategen blasen zum Frontalangriff: „Ökologie“, dekretierte New-Labour-Strategie Anthony Giddens kürzlich ex cathedra, sei ab sofort „kein grünes Thema mehr“. Das Thema sei „bei den Grünen schlecht aufgehoben“. Umweltfragen müssten „der vermeintlichen „Zuständigkeit“ der grünen Bewegung entzogen werden“. „Grüne Konzepte und Terminologien“ sollten „grundsätzlich mit Misstrauen betrachtet werden“.³¹

Was für eine machtstrategische Verrenkung! In Wahrheit liegen Rhetorik und tatsächliche Politik von Schwarz, Gelb, Rot und Dunkelrot Galaxien weit auseinander. Dabei stellen sich viele als Befürworter eines maßvollen Wandels dar, den sie hinten herum mit allen Mitteln blockieren. Die Zähigkeit, Widerstandskraft und Durchsetzungsfähigkeit der alten, rückwärtsgewandten Machtstrukturen ist in der Tat beträchtlich und wird von all denjenigen

³¹ Anthony Giddens, Warum die Ökologie kein grünes Thema mehr ist, Berliner Republik (3/2006).

unterschätzt, die die Ankündigungen von Frau Merkel mit der Politik der CDU verwechseln, das neue Parteiprogramm der SPD mit der Politik der SPD.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür liefert gegenwärtig die Kohlepolitik. Zu den Hintergründen erlauben wir uns Wolfgang Lieb, einen kritischen Sozialdemokraten, zu zitieren, der die Verstrickungen von SPD, CDU und der großen Energiekonzerne einmal am Beispiel der Ruhrkohle AG unter die Lupe genommen hat.³² Unter der treffenden Überschrift, die Ruhrkohle AG sei „die 6. Fraktion im Bundestag“, legt er folgende Verbindungen offen:

- „Der frühere Manager des E.on-Vorläufers Veba und von 1998 bis 2002 parteilose Wirtschaftsminister Werner Müller wurde 2003 Vorstandschef der RAG, nachdem er sich vorher für den sog. Kohlekompromiss eingesetzt hatte.
- Müllers früherer Staatssekretär, der sich mit einer „Ministererlaubnis“ über das Votum des Bundeskartellamtes hinwegsetzte und der Fusion von E.on und Ruhrgas zustimmte, wechselte 2005 als Vorstandsvorsitzender zur RAG-Strom-Tochter Steag, die wiederum beim Bau und Betrieb von Kohlekraftwerken aktiv ist. Als E.on Tochter konnte wiederum auch die RAG von Tackes Erlaubnis profitieren.
- Tackes Nachfolger unter „Superminister“ Clement als Zuständiger für Energiefragen wurde der RAG- und kohlefreundliche Georg Wilhelm Adamowitsch, früher einmal einige Jahre Beauftragter des (vor allem auf der Basis von Kohlekraftwerken arbeitenden) Stromversorgers VEW AG.
- Auch der pensionierte Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Manfred Overhaus (...) landete als Berater des RAG-Chefs Müller, angeblich als Fachmann für Subventionsfragen.
- Angeblich honorarfrei hat sich auch Altkanzler Schröder in die Riege der Müller-Berater eingereiht, als er unlängst zur Überraschung des neuen Wirtschaftsministers Glos mit am Gesprächstisch (...) saß.
- Anfang Februar 2006 wurde der frühere Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement in den Aufsichtsrat von RWE Power berufen, die eine große Zahl von Kohlekraftwerken betreibt.
- Unlängst wurde bekannt, dass auch der zweite Mann im Staat, der Parlamentspräsident Norbert Lammert, als Aufsichtsrat der RAG jährlich 25.000 Euro bezieht. Markus Schulz, früher einmal neun Jahre lang Geschäftsführer der CDU-Landesgruppe NRW, wurde zum Mitarbeiter der RAG-Repräsentanz in Berlin.
- Der frühere Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz ist als Anwalt für die RAG tätig. (...)“
- Wolfgang Lieb fährt fort: „Wir haben jetzt nur einmal die bekannteren Namen aus dem Kohle-Klüngel genannt, man müsste natürlich auch noch den ehemaligen CDU-Generalsekretär und heutigen wirtschaftspolitischen Sprecher Laurenz Meyer nennen und den ehemaligen Landtagsabgeordneten Hermann-Joseph Arentz, die mit der RAG-Mutter RWE verbandelt sind oder waren, die hunderte von Ratsmitgliedern in den Ruhrgebietsstädten, die in irgendwelchen Beiräten von RWE und RAG ihre freundlichen Zuwendungen erfahren.“

³² Wolfgang Lieb, Die Ruhrkohle AG, die sechste Fraktion im Bundestag, nachdenkseiten (6.4.2006), <http://www.nachdenkseiten.de/?p=1189>.

- Und wenn man in den Filz noch etwas tiefer eindringen könnte, würde man auf Dutzende von Bundes- und Landtagsabgeordnete, auf zig Ratsmitglieder und auf eine Vielzahl mit Energiefragen befasste Beamte im Bund und in den Kohleländern stoßen, die von der RAG „betreut“ werden.“

Wie wahrscheinlich es ist, dass mit derartig in die alten Lobbys verstrickten Parteien die Energiewende gelingt? Richtig, es ist schlicht unmöglich! Nichts, aber auch gar nichts spricht dafür, dass SPD oder CDU/CSU in der Geschwindigkeit und Tiefe ergrünen, wie es objektiv notwendig ist. Nur mit uns Grünen als Motor der Veränderung wird ein rechtzeitiges Umsteuern möglich sein.

Es reicht aber nicht, den alten Machtstrukturen nur unser Programm entgegenzusetzen. Mit den Bremsern und Blockieren müssen wir die Auseinandersetzung selbstbewusst suchen und in aller Härte austragen. Die Dinosaurier der Energiewirtschaft werden sich mit guten Argumenten nicht überzeugen lassen, das hat die Vergangenheit immer wieder gezeigt, hier helfen nur klare Kante und gut vernehmbarer Protest. Gleichzeitig brauchen wir neue Allianzen, ohne „die alten Wurzeln auszureißen“. Denn es geht um nicht weniger als die Durchsetzung einer neuen Wirtschaftsordnung. Zur Erinnerung: Ohne die belastbare strategische Allianz von Sozialdemokraten und Gewerkschaften hätten wir heute noch keinen Sozialstaat. Nur wenn der progressive Teil von NGO's, abhängig Beschäftigten, Unternehmerinnen und Unternehmern, Verbraucherinnen und Verbrauchern, Deutschen und Migranten, Meinungsbildner/innen und Verbänden gemeinsam mit uns die notwendigen Impulse für eine ökologische Politik geben, wird der erforderliche Druck aufgebaut werden können! Wir fordern daher alle auf, derartige Allianzen selbstbewusst zu suchen, zu identifizieren und zu bilden.

Die Zeiten sind günstig. Denn die Konfliktlinie läuft nicht horizontal durch die Gesellschaft, sondern vertikal durch alle gesellschaftlichen Gruppierungen – und ist in Bewegung! Auch die Wirtschaft ist kein homogener Block. Mit unserer typischen Mischung aus Technikskepsis und Technikfreude, aus Sozialstaatlichkeit und Reformverlangen, aus Umweltbewusstsein, Lebens- und Konsumfreude sprechen wir einen immer größer werdenden Teil der Menschen an. In den Großstädten hat es begonnen: Dort haben wir teilweise bereits heute den Charakter einer jungen, „alternativen Volkspartei“³³. In den kleineren Städten und auf dem Land wird es sich fortsetzen. Denn eines wird immer mehr Menschen klar: Wenn die Zukunft lebenswert werden soll, muss sie grün werden. Und dafür brauchen wir eine neue Wirtschaftsordnung, die „Grüne Marktwirtschaft“.

³³ So kürzlich der Kommentar von Raimund Nowak, Aufwind für ökologische und soziale GRÜNE Politik!, PM Nr.16 (14.05.2007) zur Wahl in Bremen.